

## Beschluss des Beirats Mitte

vom 26. Mai 2021

zum

### **Schutz wohnungsloser Menschen durch akzeptierte Orte**

In der Stadtgemeinde Bremen sind aktuell bzw. nach wie vor mehrere Hundert Menschen wohnungs- oder obdachlos. Die Ursachen hierfür sind sehr vielfältig. Oftmals ist die Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit das Ergebnis eines längeren Prozesses, in dessen Verlauf sich die soziale Lage der betroffenen Menschen dramatisch verändert hat. Der Verlust des Arbeitsplatzes, eine Trennung oder andere tiefgreifende Veränderungen in der familiären Situation, Alkoholismus oder Drogensucht, aber auch Migrationsprozesse bzw. Fälle, in denen Betroffene Opfer von Schleppern werden, können hierfür ursächlich sein. Ebenso vielfältig und unterschiedlich ausgeprägt sind die hiermit einhergehenden Probleme der Betroffenen, ihre gesundheitlichen Einschränkungen oder der Grad der Verelendung. Insgesamt sind Wohnungs- bzw. Obdachlose äußeren Einflüssen oder möglichen Angriffen Dritter häufig relativ schutzlos ausgeliefert und werden deshalb oftmals auch Opfer von Straftaten. Obdachlose Frauen sind hierbei in besonderer Weise betroffen.

Obdachlosigkeit bzw. Wohnungslosigkeit ist in der Regel kein frei gewähltes Schicksal. Die allermeisten Menschen wünschen sich eine eigene Wohnung, waren bzw. sind jedoch nicht in der Lage eine Wohnung zu bekommen oder zu halten.

In Bremen gibt es aktuell ein vielfältiges Spektrum an Hilfsangeboten, um obdachlosen oder von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen zu helfen. Die mit diesen Angeboten verfolgten Zielsetzungen sind ebenso vielschichtig und orientieren sich an den jeweiligen Lebenslagen und Unterstützungsbedarfen der Betroffenen. Sie reichen von Hilfe bei der Vermeidung des Verlusts der Wohnung über die Bereitstellung bzw. Vermittlung von einfachem Wohnraum bis hin zu kurz- oder mittelfristigen mehr oder weniger zeitlich begrenzten Plätzen in Gemeinschaftsunterkünften. Nicht zuletzt auch um Fehlentwicklungen in der Vergangenheit zu korrigieren, sollen einzelne vorhandene Angebote ausgebaut bzw. weitere Angebote geschaffen werden. Die Stadtbürgerschaft hat hierzu am 19.11.2019 den Antrag: „Obdachlosigkeit bekämpfen, *Housing First* auch in Bremen umsetzen“ beschlossen. Hierin wird der Senat aufgefordert, seine Anstrengungen zu verstärken und ein Konzept zu erstellen, um etwa durch eine Ausweitung von Belegrechten oder die Schaffung von einfachen Wohnangeboten mehr Menschen in Wohnungen zu bringen. Es soll aber auch das Ziel verfolgt werden, die soziale und gesundheitliche Begleitung der Betroffenen kurzfristig zu intensivieren.

Dieser Ansatz ist absolut richtig. Allerdings wird es auch Betroffene geben, die mit diesen Angeboten nicht erreicht werden können, etwa, weil sie wegen ihrer persönlichen Veranlagung noch nicht in der Lage sind, in einer festen Wohnung, etwa im Geschosswohnungsbau zu leben. Hier bietet das Konzept der mobilen, so genannter *Tiny-Houses*, einen vielversprechenden Ansatz, um einen Übergang zu ermöglichen und weitere Verelendung zu verhindern. In Extremfällen gibt es auch Menschen, die es wegen stark auffälligen Verhaltens oder stark fortgeschrittener Verelendung noch nicht einmal schaffen, die entsprechenden Gemeinschaftseinrichtungen zu erreichen oder sich darin zu halten. Es bedarf der Möglichkeit bzw. der Orte den Kontakt zu diesen Menschen zu halten, um sie mit Hilfe der begleitenden Sozialarbeit mit Angeboten zu erreichen, die ggf. perspektivisch ein erster Schritt zu einer späteren eigenen Wohnung sein können.

In Bremen gibt es eine Vielzahl Orte, an denen sich Wohnungs- oder Obdachlose, aber auch Menschen mit schwerwiegenden sozialen Problemlagen, wie z. B. Alkohol- oder Suchterkrankungen, die noch eine eigene Wohnung besitzen, tagsüber aufhalten. Einige sind als solche definiert bzw. eingerichtet und werden zum Teil betreut, andere haben sich durch die Nutzungen entwickelt und werden mehr oder weniger toleriert. Oftmals können die Betroffenen hier aber auch durch Angebote über *Streetworker\*innen* oder andere aufsuchende Hilfen, wie z.B. die Suppenengel, erreicht werden. Diese Orte verteilen sich zwar über die Stadt, finden sich jedoch oftmals an zentralen öffentlichen Plätzen oder im Umfeld des Hauptbahnhofes bzw. in der Nähe von Angeboten der Drogen- oder Wohnungslosenhilfe und damit besonders häufig im Stadtteil Mitte. Es ist in jedem Fall zu begrüßen, dass den Menschen auch an den nicht definierten Orten aktuell überwiegend nicht mit restriktiven Verdrängungsmaßnahmen begegnet wird. Trotzdem gehen mit der teilweise exzessiven Nutzung des öffentlichen Raumes am Hauptbahnhof, z.B. im Haltestellenbereich, Konflikte einher, für die auf die Dauer Lösungen gefunden werden müssen.

## Beschluss:

Vor diesem Hintergrund,

- begrüßt der Ausschuss Soziales, Bildung und Kultur des Beirates Mitte das von der Stadtbürgerschaft beschlossene Programm *Housing First* und dessen Ansatz einer Kombination aus vorrangiger langfristiger Vermittlung in Wohnungen und kurzfristiger Ausweitung der gesundheitlichen und sozialen Betreuung und wünscht sich eine möglichst zeitnahe Umsetzung.
- fordert der Ausschuss, den sogenannten *Szene-Treff* am Hauptbahnhof, soweit dies möglich ist, zeitnah wieder in Betrieb zu nehmen bzw. eine konzeptionelle Alternative zu entwickeln und umzusetzen, welche adäquate Lösungen für die in der ersten Betriebsphase (vor Beginn der Corona-Pandemie) zu Tage getretenen Probleme (Konflikte zwischen einzelnen Nutzer-Gruppen, Unzulänglichkeiten der Örtlichkeit etc.) bietet
- spricht sich der Ausschuss grundsätzlich dafür aus, dass bedarfsentsprechend weitere Orte geschaffen oder toleriert werden, an denen sich Obdach- oder Wohnungslose bzw. Menschen mit schwerwiegenden sozialen Problemlagen, Alkohol- oder Suchterkrankungen toleriert aufhalten können:
  1. Die Orte sollen sich an den bestehenden Bedarfen orientieren und gegebenenfalls an vorhandenen Strukturen oder bereits genutzten Orten anknüpfen. Die Orte sollten den Bedarfen folgen, wobei regionale Ballungen von Problemlagen vermieden werden sollen.
  2. Die Einrichtung oder der Unterhalt der Orte darf nicht zu größeren Konflikten mit ihrer Umgebung führen. Bei der Identifikation der Bedarfe und möglicher geeigneter Orte kommt den Stadtteilbeiräten eine wichtige Rolle zu. Sie üben diese zusammen den Trägern der Sozialen Arbeit in den Bereichen Drogen- und Wohnungslosenhilfe sowie der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport aus. Eine Zusammenarbeit mit Betroffenenorganisationen wie dem Bremer Aktionsbündnis „Menschenrecht auf Wohnen“ ist ebenfalls anzustreben. Der Konfliktvermeidung soll gegebenenfalls auch die Schaffung geeigneter bedarfsorientierter Infrastruktur dienen um negative Auswirkungen auf die Umgebung zu reduzieren bzw. zu verhindern, z.B. durch die Aufstellung mobiler sanitärer Anlagen.
  3. In Einzelfällen sollten auf solchen Flächen gegebenenfalls auch temporäre Übernachtungen für Menschen ermöglicht werden, die nicht in der Lage sind, den Weg in eine der bestehenden Unterkünfte zu finden oder sich dort adäquat zu verhalten. Diese Möglichkeit stellt ausdrücklich keine Abkehr von der vorrangigen Zielsetzung dar, Menschen perspektivisch in eigene Wohnungen zu bringen, sondern soll eine Alternative zu schutzlosem Übernachten an wahllosen Orten sein. Sie soll weiterhin dem Zweck dienen, den Kontakt zu den oftmals besonders stark Betroffenen nicht zu verlieren, um sie ggf. mit Angeboten erreichen zu können.
  4. Bei entsprechender Eignung sollte an diesen Orten auch die Aufstellung mobiler *Tiny-Houses* in Betracht kommen.
- Der Ausschuss bzw. der Beirat Mitte werden einen entsprechenden Prozess initiieren, um im Beiratsgebiet etwaige Bedarfe und Möglichkeiten zu prüfen und mögliche geeignete Flächen und Kooperationspartner zu identifizieren. Der Beirat appelliert an die anderen Beiräte, sich des Themas auch in ihren Beiratsgebieten anzunehmen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Bremen, den 26. Mai 2021

Der Fachausschuss für Soziales, Bildung und Kultur des Beirats Mitte